

Die norwegische Gewerkschaftsbewegung nach 1945: Entwicklung und Bilanz der Forschung

Einleitung

Die norwegische Gewerkschaftsbewegung ist ein umfassender Organisationskomplex mit vielen Ebenen, großen Differenzen und vielen verschiedenen Tätigkeitsfeldern. In diesem Aufsatz müssen deshalb Abgrenzungen vorgenommen werden. Die Darstellung wird primär die Leitungsebenen der Gewerkschaftsbewegung behandeln, hier vor allem den Gewerkschaftsbund (*LO*) und in einem gewissen Grad die angeschlossenen Verbände – besonders die ehemalige Metallarbeitergewerkschaft. Des weiteren wird sich die Darstellung auf vier wichtige Tätigkeitsfelder begrenzen: zum ersten die Produktionswachstums- und Modernisierungsebene – und die Reaktionen auf diese. Das wird das Hauptthema sein. Danach werden zweitens die Lohnpolitik, drittens die Mitbestimmungsfrage und viertens das politische Zusammenspiel mit der Arbeiterpartei – der sozialdemokratischen Partei – behandelt.

Die Forschungssituation ist durch Ungereimtheiten charakterisiert. Eine Reihe von Verbänden hat nach und nach Fachhistoriker engagiert, um ihre jeweiligen Historien zu schreiben. Aber es gibt andere Verbände, über die nur sehr unvollständige Darstellungen vorliegen, oder Studien, die nicht dem aktuellen Kenntnisstand entsprechen. Darüber hinaus ist es von Nachteil, daß keine breite und systematische Darstellung der Geschichte des Gewerkschaftsbundes nach 1945 vorliegt. In einer – international gesehen – relativ zentralisierten Gewerkschaftsbewegung wie der norwegischen ist das ein ernsthafter Mangel. Die *LO* hat es eigenartigerweise abgelehnt, dies zu korrigieren, obwohl beispielsweise das 100jährige Jubiläum 1999 einen natürlichen Anlaß geboten hätte. Statt dessen findet man eine kurzgefaßte Historie von 1968¹ zusammen mit zwei Nachkriegsbänden in der großen Geschichte der Arbeiterbewegung in Norwegen. Hier sind selbstverständlich auch die Entwicklungslinien der Gewerkschaftsbewegung behandelt worden – aber gleichwohl unvollständig und eindeutig der Entwicklung der Partei untergeordnet.² Deshalb gibt es keine systematische und vollständige Übersicht über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung der letzten 60 Jahre einer hundertjährigen Geschichte, die 1999 gefeiert werden soll.

Auch für die einzelnen Tätigkeitsfelder sind die Ungereimtheiten leicht sichtbar. Es gibt immer noch viele Kenntnislücken, die jedoch reduziert werden können, wenn wir den Blick erweitern und gesellschaftswissenschaftliche Untersuchungen mit einer gewissen

1 Bull 1968.

2 Bergh 1987; Nyhamar 1990.

historischen Perspektive oder wenigstens Relevanz für historische Analysen mit einbeziehen. Nichtsdestoweniger sollen hier primär – wenn auch nicht ausschließlich – die historischen Darstellungen zugrunde gelegt werden.

Der Beitrag verzichtet auf übergeordnete Periodisierungen, konzentriert sich vielmehr auf interne Periodisierungen einzelner Sachgebiete, die aufgenommen werden sollen. Dennoch ist es verständlich, daß das Jahr 1977 eine Zäsur zwischen einer offensiven und einer defensiven Phase in der Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung bildet. In diesem Jahr mußten die Versuche der Arbeiterparteiregierung, die Auswirkungen der internationalen Krise durch eine antizyklische Wirtschaftspolitik mit Hilfe der erwarteten Öleinkünfte aus der Nordsee zu neutralisieren, aufgegeben werden. Die Krise erreichte nun auch Norwegen.³

Die Hauptlinie der LO: Zusammenarbeit über Produktionszuwachs und Modernisierung

Es herrscht Konsens darüber, daß der übergeordnete Gesichtspunkt der Gewerkschaftspolitik nach 1945 darin bestand, sowohl mit der Regierung der Arbeiterpartei als auch mit den Arbeitgebern über einen schnellstmöglichen Wiederaufbau der Produktion nach den Zerstörungen des Krieges zusammenzuarbeiten – danach über einen weiteren, stabilen Produktionszuwachs. Damit verschob sich die Aufmerksamkeit vom Kampf um das größte Stück des „Kuchens“ hin zur Arbeit an einer ständigen Vergrößerung des ganzen „Kuchens“, d.h. des Bruttosozialprodukts, – so würde dann auch die absolute Größe des Kuchenstückes, das den Arbeitnehmern zufiele, kontinuierlich wachsen.

„Die Arbeiterorganisationen haben sich nun einstimmig für eine großangelegte Zusammenarbeit zwischen allen Klassen und Parteien in unserem Volk ausgesprochen, um die Wirtschaft unseres Landes, basierend auf einer erweiterten Volksherrschaft und einer größeren Entwicklung zu einer ökonomischen Demokratie, wiederaufzubauen.

Das führt dazu, daß alle Arbeiterorganisationen (...) sich mit ihrer ganzen Energie für den Industriebau einsetzen und das Interesse geweckt wird, an solchen Modernisierungen im Arbeitsprozeß mitzuwirken, daß die Produktion so effektiv wie möglich werden kann (...) und daß alle, die im Arbeitsprozeß mitwirken – vom Betriebsleiter zum Facharbeiter, Hilfsarbeiter und Lehrling – sich hier mitverantwortlich fühlen und ihr allerbestes geben, damit wir wirklich den industriellen Durchbruch schaffen, der unser Volk aus der Armut und Not herausbringen und eine dauerhafte sichere Grundlage für menschenwürdige Lebensbedingungen des gesamten Volkes schaffen wird.⁴

3 Über die wirtschaftliche Entwicklung und Politik in Norwegen generell siehe Furre 1992.

4 Jern- og Metallarbeideren nr.4, 1945.

Diese ermahnenden Worte des Organs des Metallarbeiterverbandes aus dem Jahre 1945 waren charakteristisch für die neue Linie: Zusammenarbeit der Klassen und Leistungssteigerung gegen Wohlstandsvermehrung und Entwicklung auf eine ökonomische Demokratie hin.

Diese neuen Anstrengungen zugunsten einer deutlichen Steigerung des Produktionsvolumens lassen keynesianische Denkweisen erkennen, in denen regelmäßige Krisen und Produktionsrückgänge nicht länger als unabwendbare Naturphänomene im wirtschaftlichen Leben angesehen werden.⁵ Sicher gab es Kontinuitäten zur *LO*-Politik in der letzten Hälfte der 1930er Jahre. Aber darüber hinaus muß auf die nationale Zusammenarbeit während des Krieges als Voraussetzung dafür hingewiesen werden, daß diese Zusammenarbeitslinie in verstärkter Form fortgesetzt wurde – und das mit neuen und stärkeren Impulsen vom Wiederaufbau, der als eine neue, gemeinsame und nationale Verpflichtung vor und direkt nach der Befreiung definiert wurde.⁶ Dieser Wiederaufbau löste den Widerstand der Kriegszeit gegen die Okkupanten und das norwegische NS-Regime als gemeinsame nationale Handlungsnorm, ab. Auch der Einzug der Nationalökonomien in die Arbeiterpartei trug zu einem stärkeren Vertrauen in keynesianisch geprägte Handlungsmöglichkeiten und zur Ausbreitung dieses Denkens bei:

Der wirtschaftliche Ansporn war von der Erwartung eines höheren Lebensstandards und sicheren Arbeitsplätzen gekennzeichnet. Nachdem der eigentliche Wiederaufbau ca. 1948-50 vollendet war, gab die weitere Entwicklung sozusagen ihre eigene Begründung: Die Ergebnisse waren ein Reallohnzuwachs, ja, nach und nach Wohlstand, und die nahezu permanente Hochkonjunktur nach dem Krieg sorgte auch lange für ein Arbeitsleben ohne Furcht vor langwieriger Arbeitslosigkeit. Das Wohlstandswachstum bestätigte also die Richtigkeit der neuen Linie.

Eine wichtige Voraussetzung für den Produktionszuwachs waren die Bestrebungen für eine Steigerung der Produktivität in Verbindung mit verschiedenen Formen der Rationalisierung und Leistungssteigerung. „Modernisierung“ wurde von Beginn an ein Schlüsselbegriff. Die *LO* setzte sich dafür mit ganzer Kraft ein und nahm an den neuen korporativen Organen teil, die die Regierung etablierte, um die Leistungssteigerung zu fördern: die Kammer für wirtschaftliche Zusammenarbeit der einzelnen Industriebranchen (*bransjeråd*) und die Produktionsausschüsse (*produksjonsutvalg*) in den einzelnen Betrieben. Die erste traf auf starken Widerstand der Arbeitgeber, die keine Einmischung in ihrem Führungsrecht wünschten, und die Ausschüsse wurden aus demselben Grund zu Organen ohne Verfügungsgewalt. Der gemeinsame Nenner, den man hier in der Praxis erreichte, führte zu einem Interessensverlust der Gewerkschaftsbewegung. Die Auseinandersetzung und die Ergebnisse sind von Bergh und Stenersen ausführlich behandelt worden, während z.B. Halvorsen zeigt, wie sich die Arbeit in und für diese neuen Kooperationsform in dem

5 Vgl. z.B. Kjeldstadli 1989.

6 Vgl. z.B. Bergh 1977.

großen Metallarbeiterverband auswirkte, der spätestens 1950 vergeblich versuchte, die Regierung zu bewegen, ihm zu mehr Macht zu verhelfen.⁷

Nach Auffassung der bisherigen Forschung sind die neuen Einrichtungen als Instrumente zur Förderung des Produktivitätszuwachses ziemlich mißglückt. Der Widerstand der Arbeitgeber, der gewöhnlich angeführt wird, ist, wie bereits erwähnt wurde, der Hauptgrund, aber viele Historiker haben zusätzlich auf die lustlose Mitwirkung der Gewerkschaftsbewegung hingewiesen – und zwar nicht nur wegen des mangelnden Engagements der Basis auf Grund des begrenzten Mandats. Sowohl der Mangel an hinreichend ausgebildeten Vertretern als auch ein genereller Konservatismus wirkten hemmend.

Halvorsen ist in seiner Untersuchung des Eisen- und Metallarbeiterverbandes der Meinung, daß das Bild der mißglückten Produktionsausschüsse etwas modifiziert werden muß: Die Untersuchungen zeigen, daß sie in vielen großen Betrieben gut funktionierten, und daß dies zusammen mit der institutionalisierten Vorschlagsregelung (siehe unten) auch gewisse produktivitätsfördernde Auswirkungen gehabt haben müsse.⁸

In der Tat veränderte die *LO* im Zeitablauf ihre Haltung von Abweisung zur Akzeptanz, ja, bis hin zu Empfehlungen, als Arbeitszeitstudien (Zeit- und Methodenstudien) angestellt wurden. Der Soziologe Torstein Nesheim hat die politische Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung auf diesem Feld von der – von ihm bezeichneten – Institutionalisierungsphase 1945 -1947 bis zur Ausführungsphase 1948-1955 verfolgt. Er bezeichnet Bedingungen, unter denen die *LO* diese tayloristischen Instrumentarien guthieß – u.a. behielt die einzelne betriebliche Gewerkschaftsgruppe im Prinzip ihr Vetorecht -, und er bietet Daten für die Ausbreitung dieser Maßnahmen in verschiedene Industrien in den Jahren 1950 und 1957, während Kamsvåg die Entwicklungen innerhalb des Verbandes der Bekleidungsindustrie analysiert, wo solche Studien am allermeisten verbreitet waren.⁹

Wenn es um die Begründung für die Zeitstudien und andere Rationalisierungsarbeiten des einzelnen Betriebes geht, dann erscheint die Internationalisierung der norwegischen Wirtschaft mit der Mitgliedschaft in der OEEC 1948 und in der EFTA 1960 so, als hätte sie die Eigenlogik des Marktes zu einer zusätzlichen Begründung gemacht, um der Entwicklung gleichzeitig die Prägung einer Art Naturgesetzes zu geben, dem man sich nicht widersetzen konnte. Darauf weist Kaldal in seiner Darstellung über die Geschichte des Verbandes der Papierindustriearbeiter hin. Er ist der Meinung, daß das für die gesamte Gewerkschaftsbewegung galt: „Selbst wenn harte Diskussionen über die Durchführung der einzelnen Rationalisierungsmaßnahmen entstehen konnten, stellte sich der Gewerkschaftsbewegung nicht die Frage, ob das die eigentliche ‚Entwicklung‘ war“.¹⁰

7 Bergh 1973; Stenersen 1972, siehe auch Bergh 1977; Halvorsen 1990.

8 Halvorsen 1990.

9 Nesheim 1985; Kamsvåg 1990.

10 Kaldal 1989.

Alles in allem wird deutlich, daß die *LO* 1945 einer der wichtigsten Modernisierungsgagenten in der norwegischen Gesellschaft werden wollte. Laut Bergh war die *LO* „ein ganz zentraler Motor“ hinter den Bemühungen um Produktivitätserhöhung. Das zeigte sich auch in der Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen – und nichtsdestoweniger bei dem ausgedehnten Willen und der Fähigkeit, den Arbeitsfrieden aufrechtzuerhalten. Laut Bull war das der vielleicht wichtigste Beitrag zum Produktivitätszuwachs.¹¹ Eine Quantifizierung des Beitrages, der von der Gewerkschaftsbewegung kam, ist selbstverständlich nicht möglich. Halvorsen hat indessen die Anzahl der Verbesserungsvorschläge der Arbeiter innerhalb der Metallarbeitergewerkschaft für die Jahre 1952–1959 mit mehr als 10.000 berechnet – von diesen wurde die Hälfte verwirklicht.¹²

Auf der anderen Seite hat der Soziologe Lysegaard auf der Basis von Untersuchungen in einem holzverarbeitenden Betrieb in den 50er Jahren eine soziale Sperrlinie „an der Basis“ entdeckt, die in einem gewissen Grad der Produktivitätskampagne der *LO* und des Verbandes entgegengewirkt haben muß. Er entwickelt eine Theorie „informeller Arbeiterkollektive“, die unter gewissen Umständen entstanden und Normen entwickelten, die der Arbeitsintensität ein „Dach“ setzten. Damit wurden diese Kollektive zu Bollwerken gegen den Betrieb und gegen eine Haltung, welche er als „den nicht zu sättigenden Anspruch des technisch-ökonomischen Systems“ bezeichnete – und, es kann hinzugefügt werden, gegen den zu starken Produktivitätsdruck der eigenen Gewerkschaft und der *LO*.¹³

Der koordinierte Einsatz der *LO* und der regierenden Arbeiterpartei (*DNA*) für den Produktions- und Produktivitätszuwachs in den 1940- und 50er Jahren hat in allen Fällen dafür gesorgt, daß spätere Kommentatoren sich davon beeindruckten ließen. Wenn die Produktivität in der norwegischen Industrie 1960 um 60 Prozent über dem 1948er und 1970 bei 45 Prozent über dem 1960er Niveau lag, dann muß der Einsatz der Gewerkschaftsbewegung wenigstens als ein Teil der Erklärung dienen. „In der heutigen Perspektive ragt dieses gemeinsame Engagement der Arbeiterbewegung für Moderation, harte Arbeit und Extraleistung in ihren eigenen Reihen als ein imponierender Einsatz hervor“ – so die Einschätzung des Historikers Grønlie 1987.¹⁴

Will man nun versuchen, diese Seite der *LO*-Politik zu periodisieren, dann müssen die Jahre 1945-50 als eine Etablierungsphase bezeichnet werden, in der Modernisierung und Kooperation durchgesetzt wurden, während es in den Jahren 1950-69, der „Glanzzeit“ der Wachstumsphilosophie und des Modernisierungsoptimismus, zumindest auf der Führungsebene kaum Widerstand gab. Im Jahre 1969 wurde eine neue und kritischere Periode eingeleitet (siehe unten), die bis ca. 1977/78 anhielt. Danach machten sich die internationale Strukturkrise und die relativ schwache Konjunktur auch in Norwegen bemerkbar und

11 Bergh 1987; Bull 1968.

12 Halvorsen 1990.

13 Lysegaard 1961 (2. Ausgabe 1985).

14 Grønlie 1987.

brachten besonders Anfang der 80er Jahre, zum ersten Mal nach 1945, die Massenarbeitslosigkeit auf die politische Bühne. Das wurde zu einem Hauptproblem der Gewerkschaftsbewegung und aktualisierte die Frage nach den Auswirkungen der bisherigen Politik auf die Beschäftigung in dieser neuen Situation. Diese letzte Phase ist vorläufig nur in begrenztem Umfang von Historikern analysiert worden (siehe unten).

Die Politik der Zusammenarbeit zwischen der Staatsmacht, die ersten 20 Jahre handelte es sich um eine sozialdemokratische, und den Arbeitgebern, die die *LO* anstrebte und die die sozialdemokratische Regierung selbst auch anstrebte, verstärkte die korporative Tendenz zusätzlich, die bis zum 1. Weltkrieg zurückreichte und, die sowohl im Verhandlungskorporativismus (siehe unten), als auch im Korporativismus in der Verwaltung zum Ausdruck kam. Bei letzterem handelte es sich um die institutionalisierte Zusammenarbeit, im Laufe derer Interessenorganisationen, auch jene, die das Arbeitsleben vertraten, in staatliche Analysen und Verwaltung durch die vielen Komitees, Ausschüsse und Kommissionen mit einbezogen sowie repräsentiert wurden. Der Durchbruch dieser Zusammenarbeit, das Verschmelzen mit der Staatsmacht, vollzog sich, wie Nordby präzisiert, in jenen ersten 20 Jahren nach dem Krieg. Nordby veranschaulicht jedoch ebenfalls, daß die Anzahl solcher Organe bis zum Höhepunkt von 1980 immer weiter zunahm. Die Zahlen von 1989 zeigten, daß die *LO* neben dem Arbeitgeberverband *NHO* diejenige Organisation war, die mit der Teilnahme in 14 verschiedenen Ministerien am stärksten repräsentiert war, aber dennoch einen klaren Schwerpunkt im Kommunal- und Arbeitsministerium besaß.¹⁵

Das Abweichen von der Hauptlinie sowie die Opposition gegen sie

Während die Hauptlinie ein gemeinsames Interesse mit den Arbeitgebern sowie die Verpflichtung voraussetzte, andere Fragen dem Gebot des Produktionszuwachses unterzuordnen, waren die ersten Nachkriegsjahre auch von radikalen Strömungen geprägt, die nicht ohne weiteres dem Gebot der Hauptlinie folgten. Diese wurde von drei Richtungen gefordert: von einem traditionellen Aktionismus der Basis, vom ideologischen Ausgangspunkt der kommunistischen Partei und von einer Strömung innerhalb der Sozialdemokratie selbst, die eine Nationalisierung der privaten Betriebe wünschte. Vor dem Hintergrund der Basisaktionen gegen die Arbeitgeber oder deren Repräsentanten im Sommer 1945, deren Wurzeln in der Okkupationszeit liegen, wurde die Frage gestellt, ob die vermeintlichen Gemeinschaftsgefühle, die der Krieg geschaffen haben sollte, primär Phänomene auf der Führungsebene waren. Die Integration habe, laut Dahl, den Führungsspitzen gegolten, während „der Konfliktstoff auf soziale Gegensätze hindeutet, die im Laufe des Krieges eher zugespitzt, als abgeschwächt worden sind“.¹⁶ Pryser gibt in seinem Band über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Norwegen folgende Einschätzung: Erst mit

15 Nordby 1994.

16 Dahl 1972.

der Wohlstandsentwicklung nach dem Krieg faßte die Gemeinschaftsideologie in der Basis ernsthafte Wurzeln. „Für die Integration der Arbeiterklasse in die Nation war, sozial gesehen, der Wiederaufbau wahrscheinlich wichtiger als die Kriegsjahre“.¹⁷

Halvorsen hat darauf hingewiesen, daß Gemeinschaftsgefühl und Radikalisierung keine notwendigerweise einander ausschließenden Phänomene sind. Er meint, daß der Krieg eindeutig dazu beigetragen habe, eine gemeinsame Wertvorstellung von nationalen Werten und Normen zu schaffen oder zu stärken, die auch die Basis umfaßte. Dazu gehörte auch die Hinwendung zur gemeinsamen nationalen Kraftanstrengung, wie der Wiederaufbau definiert wurde. Aber die Radikalisierung erwies sich auch insofern als Realität, als es eine selbstbewußte Arbeiterklasse und Gewerkschaftsbewegung gab, die 1945 den Anspruch erhob, sowohl die Quälerei als auch den starken Reallohnrückgang während der Kriegsjahre auszugleichen und aufzuwiegen. Mit der nationalen Frontstellung während des Krieges oder mit dem Wiederaufbaugesetz von 1945 verschwanden somit nicht der traditionellen Aktionswille und der ökonomische Klassenkampf.¹⁸ Überhaupt scheint nicht nur die norwegische, sondern auch die skandinavische Arbeiterklasse aktionsorientierter gewesen zu sein als in vielen anderen Ländern, die stärker von der materiellen Not betroffen waren und in denen das individuelle Überleben eher im Vordergrund stand.¹⁹

Nicht nur 1945, sondern auch später finden wir solche Basisaktionen, die nicht nur mit dem Gesetz oder Verträge brachen, sondern auch mit der produktionsorientierten Schwerpunktsetzung der *DNA*-Regierung und *LO*-Führung. Während 1945 der Anspruch auf Nachzahlung eines 1940 unter deutschem Druck weggefallenen Lohnzuschlags Aktionen auslöste, so waren es später die Forderung nach Herabsetzung der Arbeitszeit und soziale Reformansprüche, die Aktionen in Gang setzten. Halvorsen hat beispielsweise gezeigt, wie sich 1946 und 1947 eine Reihe von Arbeitern in der Eisen- und Metallindustrie, in Oslo betrug die Anzahl 50%, eine zusätzliche dritte Ferienwoche „nahmen“, als die Regierung zu lange mit dieser Reform zögerte.²⁰ „Nun unmittelbar während des Wiederaufbaus war die Ferienlänge das zentrale Problem in der norwegischen Politik geworden“, schrieb fast 40 Jahre später der damalige Parteisekretär der *DNA* voller Bitterkeit.²¹

Es war unzweifelhaft ein Zusammenhang zwischen dem Basisaktionismus und der starken Stellung der kommunistischen Partei (*NKP*) auszumachen, die sich in den ersten Nachkriegsjahren bei vielen Arbeitsplätzen auswirkte. In welchem Grad die *NKP* als Partei umstrittene Aktionen wie beispielsweise die bereits erwähnte Ferienaktion initiierte und steuerte ist dagegen eine unaufgeklärte und umstrittene Frage.

Ein Streik für kürzere Arbeitszeit im Werk Herøya des großen Chemiekonzerns Norsk

17 Pryser 1988.

18 Halvorsen 1990.

19 Vgl. Staritz/Weber 1989 und Halvorsen 1979.

20 Halvorsen.

21 Lie 1985.

Hydro bei Porsgrunn im Jahre 1948 war die bekannteste der unerlaubten Aktionen, seit der Kalte Krieg mit aller Macht Einzug in Politik und Arbeitsleben gehalten hatte. Führende Sozialdemokraten, unter anderem der Staatsminister des Landes, glaubten nicht nur die *NKP* hinter dem Streik, sondern auch die *Kominform*. Die Historiker dagegen haben später den Streik in größerem Maße mit dem traditionellen Aktionismus der Basis erklärt.²² Es hat bis jetzt keine Einigkeit darüber gegeben, inwieweit die Aktion zu jenem Zeitpunkt mit der *NKP*-Politik übereinstimmte.²³ Für Bjørgum ist die Aktion vor allem Ausdruck dafür, daß die traditionellen Denkweisen an der Basis überlebten und mit der neuen Linie kollidierten, während Knutsen darauf verweist, daß sich die ideologische Durchschlagskraft dieser neuen Linie darin zeigt, daß mit den davon entliehenen Effektivargumenten versucht wurde, die Aktion zu legitimieren.²⁴

Illustrierend für diesen Typ von Konflikten war auch der langwierige und auf die gleiche Weise politisierte Konflikt im Betrieb Torp Brug in der Papierindustrie 1954. Eine Aktion gegen Überstunden führte zur Entlassung des Vorsitzenden der Gewerkschaftsgruppe, eines *NKP*-Aktivisten, die das Arbeitsgericht anerkannte. Die Arbeiter reagierten mit einem Streik. Abgesehen von den parteipolitischen Untertönen, war das ein klarer Bruch mit der sogenannten *Regelstrategie* der *LO*: die Regeln im Arbeitsleben, entweder im Gesetz wurzelnd oder zwischen den Parteien abgesprochen, sollte respektiert werden und nicht mit traditionellen Basismethoden unterminiert werden! Kaldal hat ausführlich diesen Konflikt und die Bestrebungen der *LO*, ein Ende des Streiks zu erzwingen, geschildert. Er zeigt auch, daß sich die *LO* gänzlich anders verhielt, als es 30 Jahre zuvor beim gleichen Konflikt der Fall gewesen wäre.²⁵

Olstad verdeutlicht anhand von Beispielen aus der Metallarbeitergewerkschaft, wie noch in den 30er Jahren lokale Aktionen üblich waren, die sich formellen Regeln widersetzten, auch nachdem 1935 die ersten Hauptvereinbarungen zwischen der *LO* und der Arbeitgebervereinigung unterzeichnet worden war. Ja, selbst der Vorsitzende des Verbandes ging im selben Jahr so weit, unerlaubte Aktionen zu legitimieren.²⁶ Das illustriert das historische Erbe, das bis in die Nachkriegszeit hineinreicht und die Behauptung unterläuft, die Initiative der *NKP* gebe notwendigerweise die Haupteklärung dafür ab, daß solche Aktionen immer noch vorkommen könnten.

Es hat sich als problematisch erwiesen, eine exakte Grenze zu ziehen zwischen der unbewußteren Abweichung von der beschlossenen Hauptlinie, die keine Unvereinbarkeit mit dieser proklamierte, und der bewußten Opposition gegen die Zusammenarbeitslinie, wie sie die *NKP* von 1947-48 vertrat.

22 Bjørgum 1973; Knutsen 1974 und 1977.

23 Knutsen 1974, 1877 und 1980; Halvorsen 1979.

24 Wie Anmerkung 23.

25 Kaldal 1989.

26 Olstad 1991.

Diese nicht unwesentliche Unterscheidung kommt in der Frage nach der Nationalisierung der Produktionsmittel sehr deutlich zum Ausdruck. Die Forderungen nach einer solchen Nationalisierung hatten in den allerersten Jahren nach dem Krieg bedeutenden Zuspruch zu verzeichnen und repräsentierten tatsächlich die Alternative, die Kapitalisten zu eliminieren, statt mit ihnen zu kooperieren. Gleichwohl waren zu diesem Zeitpunkt solche Haltungen nicht unbedingt bewußt oppositionell. Viele betrachteten diese Forderungen aus einer langfristigeren Perspektive, während die Linien der *LO* und der *DNA* scheinbar nicht festgelegt waren. Der *LO*-Kongreß beschloß 1946, die Frage nach der Nationalisierung untersuchen zu lassen.

Grønlie und Bergh sehen diesen Beschluß dennoch als eine Konzession an die Strömungen in der Basis. Weder Regierung, Parteiführung noch *LO*-Führung wünschten in irgendeiner Form, der Motor zu sein.²⁷ Nicht Nationalisierung, sondern Lenkung und Zusammenarbeit machte deren Linie aus, während in staatlicher Regie eine neue Industrie aufgebaut wurde. Im Jahre 1949 ebte die radikale Welle ab, und die Kommunisten waren erheblich geschwächt. Logische Konsequenz davon war, daß der *LO*-Kongreß wie schon zuvor die Arbeiterpartei im selben Jahr beschloß, den traditionellen Anspruch nach Sozialisierung der Produktion und Umsetzung aus der Präambel zu entfernen. Bergh erachtet diese Streichung als die Anpassung des Programms an eine Realität, die schon längst in der Partei und in der *LO*-Praxis ihren Einzug gehalten hatte, obgleich der Beschluß des *LO*-Kongresses auch als Abstandnahme von der kommunistischen Form des Sozialismus gedeutet werden muß.²⁸ Auch die meisten Verbände der *LO* nahmen entsprechende Änderungen vor.

Gleichwohl wurde in vielen Verbänden fortwährend die Frage nach einer Nationalisierung gestellt, so daß beispielsweise die Forderung nach einer Nationalisierung der Bergwerke 1949 die Unterstützung des *LO*-Kongresses erhielt; eine Realisierung jenes Vorschlages blieb allerdings aus. Innerhalb des Papierindustriearbeiterverbandes wurde eine solche Forderung bis in die 50er Jahre hinein vertreten, vor allem der Vorsitzende in dieser Sache zeigte viel Engagement. Er zeigte sich von einer traditionell-sozialistischen Ideologie geprägt, glaubte zudem an die Notwendigkeit einer staatlichen Strukturrationalisierung der Branche, was die vermischten Motive hinter einer Forderung nach Nationalisierung aufzeigt. Andresen und Kaldal haben die Entwicklung dieses Sachverhaltes im Verband analysiert, und Kaldal stellt dar, wie 1951 das Engagement des Verbandes mit dem Wechsel des Vorsitzenden verschwindet. Dieses Verschwinden illustriert das geringe Interesse an einer Nationalisierung in den 1950er Jahren, das für die unteren Reihen bezeichnend war. Wenn die Forderung seitdem sporadisch unterstützt wurde, so hing das mit den Konjunkturproblemen in dieser Branche zusammen.²⁹

27 Grønlie 1987; Bergh 1987.

28 Bergh 1987.

29 Andresen 1981; Kaldal 1989.

Berntsen zeigt, wie es im Bauindustriearbeiterverband starke Strömungen gab, kooperative Produktionsbetriebe u.a. mit dem Verband und der *LO* als Anteilseigner aufzubauen. Diesen Strömungen lag die Vision zugrunde, nach und nach in Zusammenarbeit mit der Dachorganisation der kooperativen sozialen Wohnungsbaugesellschaften (*NBBL*) den gesamten Wohnungsbau im Land zu übernehmen. Auch diese Vision wurde nach und nach aufgegeben und entbehrte laut Berntsen in der Realität jeglicher Chance, da von ca.1950 an den marktwirtschaftlichen Kräften freien Lauf gelassen wurde.³⁰

Als die sogenannte „sozialdemokratische Ordnung“³¹ in den frühen 50er Jahren ihre vorläufige Form fand, geschah das im Rahmen einer *mixed economy*, die das private Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln akzeptierte und die Lenkambitionen auf indirekte Steuerung reduzierte. Diese Grundlage teilte auch die *LO*-Führung.

„Eine menschlichere Fabrikgemeinschaft?“

Diese Überschrift ist Kaldal³² entliehen worden. Sie bezieht sich auf die neuen Tendenzen im Arbeitsleben Ende der 60er Jahre, die eine Reaktion auf die vorherrschende tayloristisch-mechanische Menschensicht und auf die direkte Kontrolle über die Arbeitsintensität seitens der Arbeitgeber bedeuteten. Zudem meint die Überschrift die zunehmend vernachlässigten Gesundheitsschäden von physischer und psychischer Art, die das Arbeitsleben hervorbringe. Die Lösungsvorschläge auf diese Mißstände waren vielfältig: Ein weniger autoritärer Führungsstil, größere Zufriedenheit und Kreativität sowie bessere und gesündere Arbeitsmilieus wurden angestrebt. Der Übergang von Akkord zu Festlohn (Gehalt) in Teilen der Industrie und die Maßnahmen zur Mitbestimmung (Demokratie im Arbeitsleben) sind in die gleiche Entwicklung einzuordnen. Insgesamt bedeutete dies einen Wendepunkt in der Zielsetzung, die von einem einseitigen Wachstumsoptimismus und einer Produktivitätsjagd ab- und eine weitaus kritischere Haltung gegenüber Wachstum und Produktivität vorsah.

Der Soziologe Bakke hat die sozio-technische Forschung, ihre Projekte im Arbeitsleben der frühen 1960er Jahre und ihre Bedeutsamkeit nicht nur in Hinblick auf die noch immer wachsende Produktivität, sondern auch hinsichtlich der zunehmenden Zufriedenheit und der reduzierten Entfremdung analysiert. Er erachtet diese doppelte Gewichtung als spezifisch für Norwegen und ist der Meinung, daß diese Doppelperspektive der Mitwirkung der *LO* als gleichwertiger Partner zu verdanken sei, während vergleichbare Projekte in Schweden und Großbritannien sich im Gegensatz zu Norwegen als rein arbeitgeberinitiiert erwiesen.³³ Kaldal und Halvorsen haben die praktizierten Projekte innerhalb der Ver-

30 Berntsen 1993.

31 Turre 1990.

32 Kaldal 1989.

33 Bakke 1986.

bandsbereiche, die sie behandeln, erläutert.³⁴ Diese Forschung nahm viele der Problemstellungen vorweg, die vom Ende des Jahrzehnts an in den Blickwinkel rücken sollten, und lieferten unzweifelhaft einen Beitrag zu einer neuen Entwicklung.

Diese neue Entwicklung reagierte auf die starke Vorrangigkeit von Leistungssteigerungsmaßnahmen, die nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung selbst angestrebt hatten, und entwickelte sich schnell zu einer regelrechten Opposition. Nun bildete sich ein ernstzunehmender Widerstand gegen die tayloristischen Arbeitsintensivierungsinstrumentarien heraus. Viele Gewerkschaftsgruppen hatten auch schon früher konsequent abgelehnt, diese gutzuheißen. Aber um 1970 herum kam an vielen Stellen eine explizite, ideologische und prinzipielle Ablehnung zum Ausdruck, die diese Studien als unwürdig, menschenfeindlich und diskriminierend bezeichneten. (Warum handelte es sich immer nur um Arbeiter „vor Ort“?) Am stärksten war der Widerstand der Chemiarbeitergewerkschaft, deren einstimmiger Kongreß 1971 das System als Widerspruch zur Demokratie im Arbeitsleben verurteilte. Bjørgum hat die Entwicklung bis zu diesem Beschluß beschrieben und vertritt die Ansicht, daß auch die technischen Entwicklungen diese Studien als für die Arbeitgeber von geringerem Nutzen erscheinen ließen,³⁵ Dennoch zeigen andere Verbandshistorien große Variationen zwischen den verschiedenen Sektoren auf. Innerhalb der Eisen- und Metallindustrie wuchsen auch Gegenvorstellungen und Kritik in dieser Phase, doch faßte die Gewerkschaft keine Beschlüsse gegen diese Studien. Innerhalb des Bausektors scheint sich eine positivere Haltung gefestigt zu haben, da viele gläubten, daß die Zeitstudien bessere Akkordtarife böten.³⁶

Von ca. 1970 an entstand ein neues explosionsartiges Interesse für den physischen und psychischen Gesundheitszustand am Arbeitsplatz. Die grundlegende Entwicklung von einem peripheren und begrenzten Arbeitsschutz hin zu einem zentralen und umfassenden Arbeitsmilieu-Denken ist von Bjørnson in seiner Darstellung über die Geschichte der Gewerbeaufsicht³⁷ beschrieben und diskutiert worden, während Kaldal, Halvorsen, Kamsvåg und Berntsen dieselbe Entwicklung innerhalb ihrer Verbandsgebiete beschreiben und konkretisieren³⁸.

Bjørnson zeigt, wie die Gewerkschaftsbewegung 1977 eine wichtige Rolle in der Entwicklung eines neuen strengen Arbeitsmilieugesetzes spielte³⁹, das die bisherige Kontrolle durch einen externen Inspekteur durch eine lokale Kontrolle der zwei Verhandlungsparteien in den einzelnen Betrieben ersetzte. Diese Kontrolle sollte durch Vertrauensleute der lokalen Gewerkschaftsgruppe und durch den Arbeitsmilieuausschuß, in dem sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer vertreten sind, erfolgen. Der Soziologe Karlsen hat

34 Kaldal 1989; Halvorsen 1990.

35 Bjørgum 1973.

36 Berntsen 1993.

37 Bjørnson 1993.

38 Kaldal 1989; Halvorsen 1990; Kamsvåg 1990; Berntsen 1993.

39 Bjørnson 1993.

auf Veranlassung durch die LO die Ergebnisse einer umfassenden Ermittlung von Arbeitsmilieuproblemen unter den LO-Mitgliedern der 70er Jahre analysiert⁴⁰, während Bjørnson die Auswirkungen des Gesetzes in den ersten Jahren, nachdem es in Kraft getreten war, beurteilt.

Die Ursachen für den plötzlichen wachstumskritischen Stimmungsumschwung und die Explosion im Interesse für das Arbeitsmilieu sind komplex. Sie müssen offenbar in einem internationalen Zusammenhang gesucht werden, denn fast gleichzeitig wurde ja die „Humanisierung der Arbeit“ auf die Tagesordnung der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesetzt. Es erweist sich deshalb auch als sinnvoll, darauf hinzuweisen, daß die Wohlstandsentwicklung ein Niveau erreicht hatte, auf dem die materiellen Grundbedürfnisse befriedigt worden waren und die Lebensqualität in einem erweiterten Sinn in den Mittelpunkt rückte. Bjørnson weist darauf hin, daß die antiautoritäre Jugendrevolte auch in der Gewerkschaftsbewegung ihren Ausdruck fand und zu „wilden Streiks“ und wachstumskritischen Haltungen führte. In Norwegen wurde das bis 1972 mit dem Kampf gegen eine norwegische Mitgliedschaft in der EU verbunden und führte zu einer kurzzeitigen Renaissance der traditionellen Klassenkampfrhetorik und des Antikapitalismus, was wiederum auch die Stärkung der kritischen Einstellungen nach sich zog.

Im Norden erregte außerdem der große Streik im Dezember 1969 in den Erzgruben in Kiruna in Nordschweden großes Aufsehen. Die Forderungen der Streikenden galten nicht nur dem Lohn, sondern auch den unwürdigen Arbeitsverhältnissen und der Ignoranz der Führung hinsichtlich solcher Forderungen. Bjørnson weist darauf hin, daß im Ausgangspunkt die neuen Arbeitsmilieuforderungen der Basis der Organisation entsprangen und einen Druck auf die Führungsspitzen ausübten. Dennoch betont er, daß diese häufig schon nach kürzester Zeit Selbstkritik übten und den neuen Signalen folgten.⁴¹ Alles in allem begann deshalb 1969/70 eine neue Phase, in der sich die Forderungen bezüglich der Modernisierungsarbeit und der Mitwirkung in dieser zuspitzten.

Der Kiruna-Streik schuf ein neues, wacheres Bewußtsein für die negativen Auswirkungen von Akkordarbeit auf die physische wie psychische Gesundheit der Arbeiter und erhielt damit auch Bedeutung für den Übergang zu einem Festlohn (Gehalt), der in den 50er und 60er Jahren begann, aber gerade nach 1970 erst akzellerierte. Für die Arbeiter machten Streß, Unrecht und Diskriminierung (Warum sollten nur Arbeiter nach Leistung entlohnt werden?) die wichtigsten Argumente aus, für die Arbeitgeber waren diese der Wunsch, in stärkerem Maße Qualität statt Quantität zu prämiieren und Lohnsysteme zu finden, die leichter den Gebrauch neuer Technologien zuließen. Dieser Prozeß vollzog sich zuerst und am längsten innerhalb der Eisen- und Metallindustrie und ist von Halvorsen ausführlich behandelt worden. Er verdeutlicht, wie der Festlohn (Gehalt) an vielen Stellen an Produktivitätsvereinbarungen gebunden war, die der betrieblichen Gewerkschaftsgruppe

40 Karlsen 1978.

41 Bjørnson 1993.

das Recht gaben, im Namen der Mitglieder über eine lokale Teilung des Überschusses zu verhandeln. Eine von zwei Soziologen vorgenommene Untersuchung über die Auswirkungen bestätigte, daß die Veränderung besonders für ältere Arbeitnehmer zu etwas weniger Streß führte.⁴²

Dieser Übergang war ein Teil einer umfassenderen „Anpassung“ der Arbeitsverhältnisse und der sozialen und ökonomischen Rechte in den einzelnen Betrieben an die der Angestellten, die sich in den 70er Jahren vollzog. Das Jahrzehnt ist als „Jahrzehnt des Gleichheitsideals“ bezeichnet worden, und dieser Prozeß wurde von Kaldal und Bjørgum für die Verbandsbereiche, die sie behandelten, zusätzlich beschrieben.

Dennoch gab es Unterschiede zwischen Industrien und Branchen. Kamsvåg diskutiert, warum die Akkordarbeit in der Tekoindustrie längeren Bestand hatte, und er findet Erklärungen sowohl in der Technologie als auch in den diskriminierenden Einstellungen Frauen gegenüber unter den Arbeitgebern. Berntsen verdeutlicht auf die gleiche Weise, wie das Akkordsystem eingeschätzt wurde als dasjenige, welches den besten wirtschaftlichen Gewinn innerhalb der vom Handwerk geprägten Arbeitsgebiete, die die Bauindustriearbeitergewerkschaft organisierte, erzielte.⁴³ Hier kann ergänzt werden, daß die (Akkord-)Meßstellen des Verbandes unter den relativ mobilen Bauarbeitern ein zentrales Glied in der Verbandsorganisation ausmachten und es deshalb einen zusätzlichen Grund gab, dieses traditionelle System aufrechtzuerhalten.

Die Gewerkschaftsbewegung in der Defensive nach 1977

Die Periode nach 1977 ist, wie bereits erwähnt wurde, weniger erforscht worden. Generell kann man sagen, daß diese von einer Gewerkschaftsbewegung geprägt wird, die sich noch in den 70er Jahren in der Offensive befand – mit Reformen im Arbeitsmilieu, mit Lohnsystemen und Mitbestimmung (siehe unten) und zum Teil mit einer soliden Lohnausschüttung – und nun in die Defensive geriet. Die Ursachen hierfür sind in der erstmals nach dem Krieg rückläufigen Konjunktur, der Strukturkrise in einem Teil der traditionellen Schwerindustrie wie u.a. in der Schiffbauindustrie und in der steigenden Arbeitslosigkeit, die sich zur Massenarbeitslosigkeit von 1989 steigerte, zu suchen.

Das veränderte die Balance zwischen den Verhandlungsparteien im Arbeitsleben. Während der Hochkonjunktur bis 1973/74 war der Arbeitsmarkt angespannt und die Marktmacht der Arbeiter entsprechend hoch gewesen. Dann kam der Umschwung, und das Hauptanliegen der Gewerkschaftsbewegung bestand nun darin, das Erreichte zu verteidigen, sowohl die Arbeitsplätze und Reallöhne als auch die sozialen Reformen.

42 Halvorsen 1990; Seierstad und Sørensen 1981.

43 Berntsen 1993.

Auch die Sozialdemokratie geriet politisch-ideologisch in die Defensive. Ihr Versuch, seit Mitte der 70er Jahre mit Hilfe einer keynsianischen Gegenkonjunkturpolitik einen Weg aus der Krise zu finden, verhinderte zwar die Arbeitslosigkeit, die ein Kennzeichen vieler andere Länder in Westeuropa war, verschob aber eher die Krise, als daß die eigentlichen und tieferliegenden Probleme gelöst wurden. Die Rolle der Gewerkschaftsbewegung als Druckmittel und Stützpfeiler hinter dieser Politik wird von Espeli dargestellt, der allerdings die Rolle des Industrieverbandes in den Mittelpunkt stellt.⁴⁴ Als man die Probleme erkannte, zu denen diese Politik bei langanhaltendem Konjunkturrückgang führte, löste das Mißtrauen gegenüber dem traditionellen sozialdemokratischen Denken in der Wirtschaftspolitik aus. Das Ergebnis war auch in ihren Reihen ein zunehmendes Marktdenken. Furre hat das Jahrzehnt der 80er Jahre als „die Jahre des Marktes“ bezeichnet⁴⁵, jenes Jahrzehnt, welches man als Rechtsruck bezeichnen muß. Nyhamar hat diese Entwicklung bis zum Ende des Jahrzehnts geschildert, während Berntsen, ausführlicher als in sonstigen Gewerkschaftsgeschichten, im gleichen Zeitraum die Entwicklung und die Auswirkungen in der Gewerkschaftsbewegung von einem linksradikalen, kritischen Standpunkt verfolgt hat.⁴⁶ Auch Kadal und Halvorsen haben in ihren Verbandsbereichen diese Entwicklung im gleichen Zeitraum verfolgt, jedoch mit dem Hauptgewicht auf den defensiven Zielen, die nun dominierten.⁴⁷ Die Massenarbeitslosigkeit, die von 1989 an im Kielwasser der Einsparungspolitik der sozialdemokratischen Regierung folgte, bedeutete unzweifelhaft eine politische Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung. Diese war zu lange nicht in der Lage gewesen, die Beschäftigung als die erste Aufgabe, die es zu verteidigen galt, zu sichern, wie es doch im Ausgangspunkt so fest verankert gewesen war.

Demokratie am Arbeitsplatz

Einfluß war ein zentraler Wert in der Ideologie der Gewerkschaftsbewegung. Das galt nicht nur dem Einfluß des zentralen Organisationsglieds der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch dem Einfluß am jeweiligen Arbeitsplatz.

Als die Wachstums- und Modernisierungslinie 1945 Politik wurde, war die „ökonomische Demokratie“ einer der wesentlichen Gegenforderungen seitens der Gewerkschaftsbewegung. Diese Forderungen beinhalteten Einfluß im Produktionsbereich sowohl für gesellschaftliche öffentliche Organe oder deren Repräsentanten als auch für die Arbeitnehmer in den einzelnen Betrieben. Wie bereits erwähnt führte der Widerstand der Arbeitgeber und der Umstand, daß die sozialdemokratische Regierung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft für Wiederaufbau und Modernisierung den Vorrang gab, dazu, daß die ursprüngliche Forderung der Gewerkschaftsbewegung nach Entscheidungsbefugnissen für

44 Espeli 1992.

45 Furre 1990.

46 Berntsen 1993.

47 Kaldal 1989; Halvorsen 1990.

die sogenannten Produktionsausschüsse aufgegeben werden mußte.⁴⁸ Diese wurden damit zu einer Sackgasse in bezug auf die formelle Einflußnahme der Arbeitnehmer und statt dessen zu reinen produktivitäts- und zufriedenheitsfördernden Organen.

Während der Fixierung auf das Wachstum in den 50er Jahren hatte die „Mitbestimmung“ wenig Priorität – wenigstens in der verfaßten Form. Daß die Arbeiter auf lokaler Ebene kraft ihrer Marktposition eine gewisse Macht besaßen und die Facharbeiter kraft ihrer Fachkenntnisse, ist eine andere Sache. Reformen, die eine formelle Mitbestimmung gewährleisten etwa wie die, die in den 50er Jahren in der Bundesrepublik eingeführt wurden, fanden daher nicht statt.

Im Gegensatz dazu gab es von den 60er Jahren an eine Entwicklung auf zwei Ebenen. Zum einen waren viele betriebliche Gewerkschaftsgruppen in der Lage, einen Status als gleichwertige „Partner“ mit bedeutendem Einfluß zu erreichen, besonders innerhalb der Eisen- und Metallindustrie, in Verbindung mit dem Übergang zum Festlohnsystem. Diese lokale Arbeitermacht ist von Halvorsen aufgezeigt und von Olstad in eine größere Theorie über den neuen Klassenkompromiß als ein umfassendes Phänomen eingesetzt worden, während die Auswirkungen auf die Holzverarbeitende Industrie bzw. auf die Eisen- und Metallindustrie von Kaldal und Halvorsen analysiert und exemplifiziert worden sind.⁴⁹

Zum anderen kam wieder die Frage nach dem verfaßten Recht auf Mitbestimmung auf die Tagesordnung. Die Eisen- und Metallarbeitergewerkschaft waren auf viele Arten und Weisen eine Speerspitze in dieser Sache, die von Halvorsen untersucht worden ist.⁵⁰ Die systematischste und ausführlichste Darstellung ist indessen von Bergh herausgegeben worden, während Knutsen eine konzentrierte Übersicht über das Thema mit dem Gewicht auf die Rolle der Parteien verfaßt hat.⁵¹ Bergh zeigt, wie die *LO* lange zwischen einer Vertragsstrategie, die Zugeständnisse von der Arbeitgeberseite voraussetzte, und einer Gesetzesstrategie schwankte, wo man voraussetzte, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei durch einen Gesetzesbeschluß den Zwang gegenüber den Arbeitgebern ausüben konnte, die dieser beinhalten würde. Mit der Unterstützung in einer radikalisierten Sozialdemokratie in der Opposition war es dieser letzte Weg, der gegen Ende des Jahrzehnts gewählt wurde. Als die Arbeiterpartei 1972 wieder zur Regierungspartei geworden war, wurde das Aktiengesetz so verändert, daß Arbeitnehmer ein Drittel der Repräsentanten im Aufsichtsrat und in den Betriebsversammlungen erhielten, die nun in größeren Betrieben eingerichtet werden sollten. Diese „Eindritteldemokratie“ war eine Streitfrage gewesen, die nun aber mit einer allgemeinen Zustimmung auch von den bürgerlichen Parteien durchgeführt wurde, wie das u.a. Knutsen erläutert hat. Das gefähr-

48 Siehe Anmerkung 7.

49 Olstad 1991; Kaldal 1989; Halvorsen 1990.

50 Halvorsen 1990.

51 Bergh 1983; Knutsen 1994.

dete auch nicht die etablierte Zusammenarbeitsstrategie der Verhandlungsparteien im Arbeitsleben.⁵²

Der Versuch eines weiteren Vorstoßes wurde von einem Untersuchungskomitee der Arbeiterpartei und der *LO* unternommen – mit dem Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft als Leiter und Primusmotor. 1980 wurde ein Vorschlag vorgelegt, der Parität beinhaltete, d.h. eine 50prozentige Repräsentation für Arbeitnehmer im Aufsichtsrat und in den Betriebsversammlungen und Repräsentation in der täglichen Leitung des Betriebes. Das wurde von den Arbeitgebern und den bürgerlichen Parteien abgelehnt, die in der Agitation von einem Versuch der „Sozialisierung“ sprachen, aber auch nicht von der Arbeiterparteiregierung unter Gro Harlem Brundtland aufgegriffen. „Gro saß still“, schrieb später der Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft verbittert.⁵³ Johansen, der diesen Vorstoß analysiert hat, folgert, daß eine sozialdemokratische Regierung mit sinkendem Zuspruch, beginnender Entideologisierung, dem, was nach meiner Sicht eher eine ideologische Rechtsdrehung genannt werden müßte, und mit einer Wirtschaftskrise als Hauptproblem, nicht bereit war für diese Reform zu kämpfen, die auch nicht das Ergebnis von Massenforderungen der Basis waren.⁵⁴ Damit haben die norwegischen Arbeitnehmer noch immer eine formell schlechtere Repräsentation als beispielsweise ihre deutschen Kollegen.

Tarifpolitik zwischen Zentralisierung und Basismacht

Lohn- und andere Tariffragen gehören selbstverständlich zu den Hauptfragen der Gewerkschaftsbewegung, und in allen genannten Gewerkschaftsgeschichten nimmt die Tarifpolitik einen breiten Platz ein. Das gleiche gilt für Terjesens ersten Band der Geschichte der kommunalen Arbeiter in der Nachkriegszeit, in dem die Tarifpolitik das Hauptthema ausmacht.⁵⁵

Andererseits ist es problematisch, allgemein verbindliche Schlüsse aus diesen Darstellungen zu ziehen. Diese sind oft detailliert und decken bedeutende Unterschiede in den Prioritätssetzungen und Problemen auf, z.B. zwischen privatem und öffentlichem Sektor, zwischen einer Gewerkschaft wie der der Metallarbeiter mit einem relativ hohen Lohnniveau bzw. mit starken Betriebsgruppen und Festlohnverträgen, der der Bauarbeiter mit mobiler Arbeitskraft und Akkord und einer Gewerkschaft der Textilarbeiter mit einem hohen Anteil weiblicher Arbeitskräfte, viel Akkordarbeit und einem niedrigen Lohnniveau.

⁵² Vgl. Bull 1979, der dieses unterstreicht.

⁵³ Skytøen 1993.

⁵⁴ Johansen 1994.

⁵⁵ Terjesen, ohne Jahresangabe.

Halvorsen hat mit dem Ausgangspunkt in der im Lohnbereich traditionell führenden Metallarbeitergewerkschaft gezeigt, wie die Tarifpolitik dort als ein Balanceakt zwischen unterschiedlichen Rücksichtnahmen geformt wurde: Auf der einen Seite befanden sich die Forderungen der *LO* nach Moderation aus Rücksicht auf die Wachstumspolitik und des damit verbundenen begrenzten Kostenwachses in der Industrie und aus Rücksicht auf die Niedriglohngruppe, auf der anderen Seite die Erwartung eines angemessenen Anteils des Produktivitätszuwachses und der Wunsch nach Ausschöpfung ihrer Marktmacht während der Hochkonjunktur sowohl bei den zentralen Forderungen als auch bei den lokalen des einzelnen Betriebes.⁵⁶ Wie bereits erwähnt, würde diese Problematik in jeder einzelnen Gewerkschaft unterschiedlich zu Tage treten.

Im Vergleich mit anderen Ländern ist es die Kombination von staatlichen Eingriffen oder staatlicher Mitwirkung, Zentralisierung und einer direktdemokratischen Tradition mit Urabstimmungen, die die Tarifverhandlungen in Norwegen kennzeichnen. Darauf weist Frøland hin, der die Tarifverhandlungen der Jahre 1950 -1960 am ausführlichsten analysiert hat.⁵⁷

Eine kurzgefaßte Übersicht über die Tarifverhandlungen im Zeitraum von 1945 bis 1980 stammt von Cappelen.⁵⁸ Sein Interesse gilt besonders den unterschiedlichen Formen staatlicher Eingriffe oder staatlicher Beteiligung. Diese aktive Rolle des Staates ist im Verhältnis beispielsweise zu Deutschland ein besonderes Kennzeichen und bedeutet, daß man in Norwegen nur von einer begrenzten „Tarifautonomie“ der Verhandlungsparteien im Arbeitsleben sprechen kann.

Es ist deshalb symptomatisch, daß die Periodisierung der Tarifkonflikte in der Nachkriegszeit nach dem Grad staatlicher Eingriffe vorgenommen worden ist.⁵⁹ Die übliche Einteilung sah folgendermaßen aus:

Die sogenannte Stabilisierungslinie von 1945 bis 1952 versuchte, mit einer detaillierten staatlichen Lenkung wichtiger Teile des Wirtschaftslebens und mit einem beträchtlichen Gebrauch von Zwangsschlichtungen Moderation und Arbeitsfrieden zu sichern.⁶⁰ Espenes hat gezeigt, wie die Regierung sich darum bemühte, den Ausgang der Schlichtung durch richtungsweisende Signale zu beeinflussen.

Die Periode von 1953 bis 1961 wird gerne als die Periode der Dezentralisierung bezeichnet, die eine geringe Lenkung seitens der *LO* und noch geringere Eingriffe seitens des Staates aufwies. Frøland hat dies in Zweifel gezogen und dabei anhand eigener Untersuchungen sowie anhand anderer wie beispielsweise anhand derjenigen Berghhs gezeigt,

⁵⁶ Halvorson 1990.

⁵⁷ Frøland 1992. In den Ausführungen von Frøland 1986 wird speziell der dramatische Tarifkonflikt im Jahre 1961 analysiert.

⁵⁸ Cappelen 1981.

⁵⁹ Frøland 1994 (1. Ausgabe 1990).

⁶⁰ Vgl. u.a. Espenes 1985 und Nielsen 1973.

daß die Regierungen mit Ausnahme der Periode 1951-55 versuchten, das Ergebnis und die Reallohnentwicklung zu beeinflussen.⁶¹ Einen interessanten Einblick in die Tarifkonflikte in dieser Periode, betrachtet von der Warte der *LO* aus, gibt deren Vorsitzender Nordahl in seinen Memoiren und Tagebüchern.⁶²

Die Periode zwischen 1963 und 1972 hat die Etikette Koordination erhalten. Das gilt für den Versuch der *LO*, die Tarifrevisionen unter ihrer Kontrolle zu zentralisieren, u.a. durch die Koppelung von Abstimmungen in verschiedenen Branchen und Tarifbereichen etc. Aber das gilt auch für die Rolle, welche die Regierung spielte, um eine solche Koordination zu erreichen und zwar sowohl die der Arbeiterpartei bis 1965 als auch danach die der bürgerlichen Koalitionsregierung. Beide griffen im übrigen bei einer Tarifrevision mit Zwangsschlichtungen ein.

In der Periode von 1973 bis 1979 erreichte die staatliche Mitwirkung bei den sogenannten kombinierten Tarifrevisionen ihren Höhepunkt, als die Regierung direkt mit der Zusicherung von Subventionen, Erhöhung der Sozialleistungen und Steuererleichterungen in die Verhandlungen eingriff. Diese Beiträge machten laut Dahl, der diese Verhandlungen am ausführlichsten analysiert hat⁶³, 40-60 Prozent des gesamten Resultats aus. Sie erfolgten einerseits, um das Kostenwachstum in der Industrie zu bremsen und andererseits, weil die Arbeiterparteiregierung den Bedarf hatte, die Wähler nach den politischen Niederlagen bei der EU- Abstimmung 1972 und der Wahl 1973 zurückzugewinnen. Diese Phase gibt damit die deutlichsten Beispiele des Verhandlungskorporativismus wieder, welcher ein Teil des umfassenderen Korporativismus ist, der seinerseits als ein besonderes Kennzeichen des politischen Systems in Norwegen zu gelten hat.⁶⁴

Der Verhandlungskorporativismus wurde von der deutlichsten Phase der Nicht-Intervention und der realen Tarifautonomie während der bürgerlichen Koalitionsregierung unter Willoch 1981-1986 abgelöst. Merkmal dieser Phase waren deshalb zweiseitige Lösungen.⁶⁵ Sie wurde 1986 mit dem dramatischen Tarifkonflikt nach dem Zweiten Weltkrieg beendet, als der Arbeitgeberverband zu einer größeren Aussperrung griff, um die Mindestlohngarantien rückgängig zu machen, die in einer Periode erreicht worden waren, als die Stellung der Gewerkschaften noch stärker war. Dieser Konflikt ist von Halvorsen für die Metallarbeitergewerkschaft analysiert worden, für die Speerspitzen der Gewerkschaft, aber auch von Kaldal, Kamsvåg und Berntsen in ihren Gewerkschaftsgeschichten gründlich behandelt worden.⁶⁶ Der Konflikt endete mit einer Niederlage der Arbeitgeber, die die Forderung nach Lohndifferenzierung aufgaben und zusätzlich die Forderung der

61 Frøland 1992; Nordby 1994.

62 Nordahl 1973; Nordahl 1991 und 1992.

63 Dahl 1989.

64 Frøland 1992; Nordby 1994.

65 Die ausführlichste Analyse von u.a. dieser Periode, befindet sich bei Hanisch und Høgnæs 1988.

66 Halvorsen 1990; Kaldal 1989; Kamsvåg 1990; Berntsen 1993.

Gewerkschaft nach Herabsetzung der Arbeitszeit in der Industrie auf 37,5 Stunden anerkennen mußten, d.h. die Herabsetzung auf das gleiche Niveau der Angestellten und des öffentlichen Sektors. Das zeigte, daß die Gewerkschaftsbewegung immer noch über Kampfkraft verfügte, obwohl sie sonst meistens einen defensiven Kampf führte.

Die Periode von 1986 bis 1990 ist wiederum durch die Rückwendung zu staatlichen Eingriffen wie dem Lohnregulierungsgesetz von 1988 und durch den Verhandlungskorporativismus unter staatlicher Mitwirkung während der neuen sozialdemokratischen Regierung unter Gro Harlem Brundtland charakterisiert.

Zentralisierung war ein Merkmal der Tarifpolitik der *LO*. Das bedeutete, daß man gemeinsame Forderungen und Verhandlungen anstrebte, die die *LO* im Namen der Einzelverbände führt. Von den 33 Tarifverhandlungen der Jahre 1945-1988 wurden 25 koordiniert geführt. Nur acht erfolgten separat in den Einzelgewerkschaften und da die *LO* auch hier in mehreren Fällen die Rahmenbedingungen festgelegt hatte, sind freie Verhandlungen der Einzelgewerkschaften eine Ausnahme in den Nachkriegsjahren gewesen. Dies war eine Voraussetzung für die staatliche Mitwirkung, und dies bedeutet, daß die Lohnpolitik der *LO* den übergeordneten wirtschaftspolitischen Zielen der Arbeiterparteiregierung angepaßt wurde.

Ein drittes Merkmal ist die basisdemokratische Tradition, die besagt, daß die Führung den Verhandlungsvorschlag den Mitgliedern zur Urabstimmung vorlegen muß, im Gegensatz z.B. zu Schweden. Das hat wie 1961 und 1966 zur Ablehnung des Verhandlungsergebnisses geführt. Dieses System setzt einen Rahmen für den Akzeptanzgrad der Gewerkschaftsführung während der Verhandlungen. Konterkariert wird das System jedoch durch den Gebrauch staatlicher Zwangsschlichtungen, die in der Realität engere Grenzen für die Möglichkeit der Arbeitnehmer setzt, ein neues und besseres Resultat zu erstreiken.

Die besonderen Kennzeichen der norwegischen Gewerkschaftsbewegung in tarifpolitischen Fragen im Verhältnis zu den nordischen Bruder-/Schwesterorganisationen werden in einem Konferenzbericht von 1987 diskutiert,⁶⁷ während Frøland einen kurzgefaßten, aber instruktiven Vergleich mit den Tarifsysteimen in Schweden, Österreich und den Niederlanden vorgenommen hat und herausfindet, daß das besondere Kennzeichen Norwegens in der Kombination von starkem Korporativismus mit staatlichem Einfluß und einem System mit Urabstimmung zu finden ist.⁶⁸

Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie

In Norwegen hat die *LO* mit Ausnahme einer Periode in den 1920er Jahren immer eine enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei aufgewiesen, exemplifiziert u.a. in der

67 Elvander (red.) 1988.

68 Frøland 1992.

kollektiven Mitgliedschaft der Gewerkschaften⁶⁹; hier handelt es sich allerdings um eine Beziehung, die in den letzten Jahrzehnten in Bedeutung und Umfang an Boden verloren hat. Das hat auch dazu geführt, daß die LO immer ihre „Quote“ hatte, wenn der Parteivorstand gewählt und die Regierungen der Arbeiterpartei gebildet werden sollte. Die Vorsitzenden LO haben auch immer der Führungsschicht der Arbeiterpartei angehört, wenngleich auch mit unterschiedlichem Gewicht. Das feste Koordinationskomitee zwischen der LO und der Arbeiterpartei hat unzweifelhaft zu den wichtigsten politischen Organen in der norwegischen Nachkriegszeit gehört.

Eine systematische Untersuchung des Machtverhältnisses ist nicht durchgeführt worden.⁷⁰ Gleichwohl deutet vieles darauf hin, daß der Schwerpunkt bei der Regierung und der Parteiführung und nicht in der LO-Führung gelegen hat. Das hatte selbst auch in den Jahren 1945-1962 unter dem LO-Vorsitzenden Konrad Nordahl Gültigkeit, der selbst eine markante Persönlichkeit in der Partei war. Dennoch kam es unter ihm zu einem der stärksten Konflikte mit der Arbeiterpartei-Regierung. In der Periode 1950-1954 war es der mangelnde Wille und das Unvermögen der Regierung, die Preisentwicklung in Schach zu halten, was stärkere Konflikte hervorrief und was zweimal zu einem Wechsel des Staatsministers der Arbeiterpartei beitrug.⁷¹

Herausgefordert wurde die sozialdemokratische Dominanz vor allem in den ersten Nachkriegsjahren, als die Kommunistische Partei am stärksten war. Die LO spielte mit der Arbeiterpartei in den Fusionsverhandlungen mit der NKP 1945 zusammen, die aber in Norwegen wie auch sonst in Westeuropa ergebnislos blieben.⁷² Der Kampf gegen den Einfluß der Kommunisten ist von Pryser und Bergh allgemein⁷³ bzw. von Halvorsen in einer breiten skandinavischen Perspektive geschildert worden.⁷⁴ Als der Kalte Krieg voll einsetzte, erreichte dieser Kampf seinen Höhepunkt und der Einfluß der NKP wurde drastisch reduziert.

In der Periode während des EU-Kampfes 1972 war die linkssozialistische Opposition stark und forderte die Politik der DNA in der Gewerkschaftsbewegung heraus, vor allem in der Metallarbeitergewerkschaft.⁷⁵ Dennoch blieb dies ein begrenztes und vorübergehendes Phänomen.

69 Siehe Zachariassen 1966.

70 Bergh 1987 und Nyhamar 1990 geben viel Grundlagenmaterial zu dieser Frage.

71 Siehe Bergh 1987; Frøland 1992; Nordahl 1973 und Nordahl 1991.

72 Siehe Pryser 1988. Eine deutschsprachige Darstellung, siehe Lorenz 1989.

73 Pryser 1988; Bergh 1987.

74 Halvorsen 1995a. Eine deutschsprachliche Version in 1995b.

75 Halvorsen 1990.